

# Friedenskonzepte inmitten militärischer Auseinandersetzungen

von Michael Mertsch

**Die Explosion im Hotel- und Handelszentrum Colombos erinnerte die srilankische Regierung an ihr Friedensversprechen und das Ausland wieder mal an einen überaus schmutzigen Krieg**

Mit erstaunlicher Gleichgültigkeit nahm in den letzten Monaten die srilankische Hauptstadt Colombo die offiziellen Verlautbarungen über die Großoffensive des Militärs gegen die 'Liberation Tigers of Tamil Eelam' (LTTE) auf. Die Mitte Mai begonnenen Kämpfe unter der Bezeichnung "Jaya Sikurui" (des Sieges sicher) schienen in Colombo so weit weg, als fänden sie in einem anderen Land statt. Dabei waren die wirtschaftlichen Auswirkungen durchaus für die gesamte Bevölkerung spürbar. Im Oktober jedoch bekam auch Colombo wieder einmal hautnah die Tragödie mit, die das Land seit 1983 erschüttert. Ein mit Sprengstoff gefüllter Lastwagen explodierte in der Nähe mehrerer Hotels und eines gerade eröffneten Bürozentrams, zwanzig Menschen starben, weit über hundert, darunter auch Ausländer, wurden verletzt. Soldaten und Attentäter beschossen sich noch zwei Stunden danach auf offener Straße.

Nachdem das Militär in drei aufeinanderfolgenden Offensiven Mitte letzten Jahres Teile der lange von den LTTE völlig kontrollierten Halbinsel Jaffna an der nördlichen Spitze des Landes zurückerobert hatte, zielen die jetzigen Kämpfe darauf, eine "sichere Landverbindung" vom Süden bis nach Jaffna zu schaffen. Dazu müßte ein Korridor von fast achtzig Kilometer Länge durch Gebiete eröffnet werden, in denen die tamilische Guerilla schaltet und waltet. Wie eine dauerhafte Kontrolle dieser Verbindung möglich sein soll, ist völlig unklar, viel zu viele Armeeressourcen sind allein zur Sicherung der eroberten Gebiete auf der Halbinsel Jaffna nötig. Trotzdem sah sich die Regierung im Frühjahr unter Zugzwang, da die Versorgung von Jaffna immer schwieriger wurde. Die Armee verlor unzählige Flugzeuge und Hubschrauber und die 'Tigers' griffen sogar Schiffe auf dem für die Lieferung von kurzfristig benötigten Gütern denkbar ungeeigneten Seeweg von Colombo nach Jaffna an.

Mittlerweile hat sich die Armee von der Frontlinie des Frühsommers erst etwa zwanzig Kilometer nach Norden vorgearbeitet. Hier ist ihre Offensive

nach mehreren Gegenangriffen der LTTE in den letzten drei Monaten zum Stillstand gekommen. Nach wie vor unterliegen alle Nachrichten über die militärischen Operationen einer strengen Pressezensur, eine unabhängige Berichterstattung von den Kampfregionen gibt es nicht. Selbst die offiziellen, üblicherweise beschönigenden Angaben, die das Verteidigungsministerium über seine Gefallenen macht, lassen darauf schließen, daß es sich bei der jetzigen Offensive um die verlustreichste Auseinandersetzung seit Ausbruch des Bürgerkrieges handelt - über zivile Opfer wird praktisch nicht berichtet. Die LTTE ihrerseits behaupten, selbst nur geringe Verluste erlitten zu haben. Zugleich beschuldigen sie aber die Armee, wie schon bei früheren Offensiven wieder mutwillig Jagd auf Zivilisten zu machen und tamilisches Eigentum zu zerstören.

Fest steht: Aus der seit Jahren immer wieder angekündigten militärischen Vernichtung der tamilischen Separatisten wird auch jetzt nichts werden. Dazu sind die 'Tamil Tigers' einfach zu stark. Umgekehrt handelt sich die Regierung bei einer Fortsetzung des Krieges ein massives Finanzproblem ein und droht das Land in den wirtschaftlichen Ruin zu treiben. Zudem sind immer weniger Jugendliche zum Armeedienst bereit. Die aufwendigen Rekrutierungskampagnen zeitigen bestenfalls noch in den ärmeren, unterentwickelten Landesteilen gewisse Erfolge, dort, wo Jugendliche kaum Chancen auf eine vernünftige Berufsausbildung haben.

Selbst wenn "Jaya Sikurui" doch noch erfolgreich beendet werden könnte und die Militärs die Route nach Jaffna in den Griff bekämen, wäre damit ein Ende des Bürgerkriegs noch lange nicht absehbar. Es käme lediglich zu einer Machtverschiebung: Bereits jetzt hat die Offensive im Norden zu einer Schwächung der Truppenpräsenz im Osten der Insel und damit zu einer fortschreitenden Destabilisierung entlang der Ostküste geführt. Dort nutzten die LTTE das Machtvakuum und brachten weite Landesteile unter ihre Kontrolle, so daß sich die Regierung inzwischen nur noch eines

schmalen Küstenstreifens und der wichtigsten größeren Städte sicher sein kann. Fast täglich kommt es im Osten zu kleineren Konfrontationen sowie Übergriffen beider Seiten auf die Zivilbevölkerung. Jüngstes Beispiel: Bei einer Minenexplosion in unmittelbarer Nähe eines mit 60 Personen besetzten Busses auf der Küstenstraße zwischen den Orten Kalmunai und Valachchenai wurden am 22. Oktober 18 Menschen verletzt, wie durch ein Wunder kommt niemand zu Tode.

Auch auf dem Meer bietet die LTTE inzwischen der srilankischen Marine Paroli. Erst am 19. Oktober gab es vor der Ostküste ein mehr als fünfständiges Seegefecht zwischen beiden Seiten. In einer Überraschungsattacke hatte ein Konvoi von Booten der LTTE ein Schnellboot der Marine angegriffen und so stark beschädigt, daß es wenig später sank. Nur fünf der vierzehn Besatzungsmitglieder wurden gefunden, bei dem nachfolgenden Feuerwechsel wurden dann - nach Angaben der Armee - sieben LTTE-Boote zerstört sowie mindestens 100 Kader der 'Tiger' getötet.

## "Normalisierung" zwischen den Fronten

Leidtragende dieser Auseinandersetzungen sind natürlich in erster Linie die BewohnerInnen der Konfliktregionen, die zwangsläufig zwischen die Fronten geraten und die Granaten oder Minen beider Seiten fürchten müssen. Zwar haben staatliche Stellen seit der Eroberung großer Teile Jaffnas wiederholt erklärt, daß der Alltag sich dort wieder normalisiere, Menschenrechtsorganisationen sehen dies jedoch anders. Die 'University Teachers for Human Rights' (UTHR) berichteten jüngst über massiv zunehmende Menschenrechtsverletzungen, schon weil die Bevölkerung nunmehr Angriffen sowohl der Armee als auch der LTTE ausgesetzt ist.

In den nördlichen Vanni-Gebieten, die nach wie vor von den LTTE kontrolliert werden, leben Zehntausende von

Flüchtlingen unter katastrophalen Bedingungen. Die ersten von ihnen strömten bereits vor zwei Jahren, zu Beginn der militärischen Auseinandersetzungen um Jaffna, in dieses Gebiet. Seit Beginn der jüngsten Offensive sollen weitere 25.000 hier Zuflucht gesucht haben. Sie sind in diesem Gebiet nicht nur weitgehend von Nahrungsmittellieferungen der Regierung abgeschnitten, auch Hilfsorganisationen vermögen es nicht, die große Flüchtlingsanzahl angemessen zu betreuen. Im Sommer brach die Lebensmittelversorgung zeitweilig völlig zusammen.

### Wer will noch eine politische Lösung?

Initiativen zu einer politischen Lösung kommen nur langsam voran. Bereits 1995 hatte sich die srilankische Regierung einer Doppelstrategie verschrieben, in der einerseits die LTTE militärisch besiegt werden sollten, andererseits das Vertrauen der tamilischen Bevölkerung gewonnen und auf der Grundlage einer Föderalisierung des Landes den mehrheitlich tamilisch bewohnten nordöstlichen Provinzen größere Entscheidungsbefugnisse eingeräumt werden sollten. Doch diese Strategie muß zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit Skepsis betrachtet werden. Ganz abgesehen davon, daß ein militärischer Sieg über die LTTE unwahrscheinlich ist, hat die Regierung in letzter Zeit weiteres Vertrauen unter der tamilischen Bevölkerung verspielt. Zahllose Gewalttätigkeiten gegenüber tamilischen Zivilisten, die vor allem auf das Konto der Armee in Jaffna gehen, haben dazu beigetragen ebenso wie die zeitweise geradezu hysterisch anmutende Verfolgung von TamilInnen in Colombo, die pauschal als UnterstützerInnen des "Terrorismus" und "Separatismus" verdächtigt, wahllos verhaftet und vielfältig diskriminiert werden.

Seit nunmehr zwei Jahren wird G.L. Peiris, Minister für Verfassungsangelegenheiten, nicht müde, die Vorteile und Chancen eines Vorschlags für eine weitreichende Verfassungsänderung öffentlich anzupreisen, die auch eine Machtteilung und größere Autonomie der nordöstlichen Regionen vorsehen soll. Trotzdem war das politische Paket zur Reform des Staates und zur Einführung föderaler Rechte immer noch nicht so weit gediehen, daß es dem Parlament zur Abstimmung vorgelegt werden konnte; die bisherigen Entwürfe klammerten die Frage der Machtteilung bisher aus.

Viele durchaus LTTE-kritische tamilische Politiker lehnen die Föderalisierungspläne nach zahlreichen Zugeständnissen, die die Regierung den starken sinhalaischen-nationalistischen

Kräften nach und nach machte, in ihrer jetzigen Form rundweg ab. Auf der anderen Seite sieht die nationalistische Opposition auch in den jetzigen Gesetzesinitiativen noch eine Gefahr für die "nationale Einheit". Erst vor drei Wochen protestierten mehrere hundert buddhistische Mönche lautstark gegen jegliche Machtteilung und die politische Aufwertung des tamilischen Nordostens. Unterstützt werden sie seit geraumer Zeit durch die 'Sinhala Commission', eine nationalistische Gruppierung, der sich zahlreiche Personen des öffentlichen Lebens angeschlossen haben. Erst im September veröffentlichte diese Gruppe eine von ihr als "Zwischenbericht" bezeichnete Stellungnahme, die die Regierungsvorschläge als "Fundament für ein Zerbrechen des Landes" bezeichnet, für die die "heroischen Opfer der Streitkräfte" vergeblich erbracht wären. Der Bericht warnt vor einem gestärkten Regionalrat im Nordosten, der jederzeit seine Unabhängigkeit vom Rest des Landes erklären könne. Solche Proteste werden die Regierung nicht unbeeindruckt lassen, schon weil sie für eine Annahme ihrer Pläne, die eine Verfassungsänderung verlangen, eine Zweidrittelmehrheit der Abgeordneten gewinnen muß. Damit ist sie auf die Unterstützung der oppositionellen 'United National Party', die dem politischen Buddhismus nahesteht, angewiesen. Seit 24. Oktober liegen nun die detaillierten Vorschläge der Regierung tatsächlich vor, nach denen auf der Basis einer Abstimmung in den beiden Distrikten der Ostprovinz, Batticaloa und Trincomalee, über eine Zusammenlegung mit der Nordprovinz entschieden werden soll. Die muslimischen Regionen von Samanthurai, Pothuvil und Kalmunai sollen, wie auch immer die Abstimmung ausfallen wird, eine separate Einheit bilden.

Offen ist, welche Rolle den 'Tamil Tigers' in einer zukünftigen Friedenslösung zugebilligt werden soll. Bei aller Kritik an dieser Organisation, die schon lange nicht mehr gesamt-tamilische Interessen vertritt, sondern nur noch ihre eigene Machtposition verteidigt, und das mit äußerster Rücksichtslosigkeit, läßt sie sich dennoch nicht in einer - wie auch immer gearteten - Lösung des Konflikts ignorieren. Es ist sicher nicht damit zu rechnen, daß die 'Tigers' besonderes Interesse am Aufbau demokratischer Strukturen im Norden und Osten des Landes an den Tag legen würden, bekämen sie einmal die Chance zu legaler Aktivität. Doch sind die 'Tigers' gegenwärtig ein zu großer Machtfaktor, als daß man sie auf Dauer ausgrenzen und ohne sie das Land befrieden könnte. Der Bombenanschlag der letzten Woche in Colombo, zu dem sich die LTTE wie

üblich nicht direkt bekannten, ist in diesem Zusammenhang nicht nur als Demonstration ungebrochener Manövrierfähigkeit zu verstehen, sondern auch als eindeutige Warnung davor, die LTTE dauerhaft aus den Verhandlungen über eine politische Lösung auszuschließen.

Die vor zwei Wochen in Washington bekannt gewordene Aufnahme der LTTE auf die vom amerikanischen Außenministerium erstellte Liste "terroristischer Organisationen", die unter anderem in den USA kein Geld mehr sammeln dürfen, macht die Situation auch nicht einfacher. Auf der einen Seite drängen die diversen srilankischen Regierungen seit langem auf entsprechende Schritte der westlichen Länder, da man sich daraus eine entscheidende Schwächung der LTTE verspricht, die im Ausland zahlreiche UnterstützerInnen hat. Andererseits wird damit auch die Tor zu einer Konfliktlösung auf dem Verhandlungswege zugeschlagen - wie sollte sich eine Regierung mit erklärten Terroristen an einen Tisch setzen können und diese gar noch an der politischen Macht beteiligen?

Ist gegenwärtig überhaupt eine Lösung denkbar? Weder auf tamilischer noch auf srilankisch-sinhalaischer Seite gibt es politische Führungskräfte, die das Land auf einen friedlicheren Kurs bringen könnten. Die Regierung unter Präsidentin Chandrika Kumaratunga hat immerhin Autonomievorschlüsse vorgelegt, von der heutigen Opposition ist nicht einmal das zu erwarten. Auf tamilischer Seite wurden Dissidenten von den 'Tamil Tigers' längst zum Schweigen gebracht oder ins Ausland vertrieben. So bleibt nur die vage Hoffnung auf eine Vermittlung von außen, etwa durch die Vereinten Nationen. Erst vor wenigen Tagen richtete eine tamilische Aktionsgruppe in Colombo einen dringenden Appell an UNO-Generalsekretär Kofi Annan, zu intervenieren und beide Konfliktparteien an den Verhandlungstisch zu bringen. Solange jedoch Sri Lanka auf der politischen Agenda der Welt eine völlig untergeordnete Rolle spielt, wird es ihnen kaum gelingen, internationales Interesse für ihre aussichtslose Lage zu wecken.